

Was ein Präsident Trump für Wirtschaft und Börse bedeutet



Der nächste US-Präsident Donald Trump und die Börse galten bisher als weitgehend inkompatibel. Die Reaktion auf die Wahlnacht spricht freilich eine andere Sprache.

Anleger verlieren Angst vor dem „Börsenschreck“

Der befürchtete Ausverkauf an den Börsen ist in Europa und den USA zunächst ausgeblieben.

Jedoch erwarten Experten eine Phase der Unsicherheit, bis sich abzeichnet, welche Vorhaben der neue US-Präsident umsetzen will.

Alexander Hahn

Wie erwartet liefen zunächst Schockwellen um die Finanzmärkte – der vielfach als „Börsenschreck“ bezeichnete Donald Trump wird US-Präsident. In einer ersten Reaktion ging die Tokioter Börse mit einem mehr als fünfprozentigen Minus ebenso auf Tauchfahrt wie der mexikanische Peso. Im Gegenzug standen zuerst manche sogenannte sichere Häfen bei den Investoren nach der Wahlnacht hoch im Kurs: Gold legte etwa deutlich zu, gab in weiterer Folge aber den Großteil der Gewinne wieder ab.

Denn im europäischen Handel begann sich die Stimmung nach einem anfänglichen Absacker zu drehen: Der deutsche Leitindex Dax knickte zunächst um drei Prozent ein, das Kursbarometer konnte die Verluste aber rasch wieder aufholen. Marktbeobachter führten dies auf versöhnliche Worte in der ersten Rede des designierten Präsidenten zurück, in der er einen Brückenschlag versucht habe. Die Wall Street konnte mit der Aussicht auf steigende Staatsausgaben unter Trump sogar an die Erholungs rally der vergangenen zwei Tage anknüpfen.

Wall Street gut vorbereitet

Große Wall-Street-Banken wie Morgan Stanley, JPMorgan oder Goldman Sachs haben aus den Turbulenzen infolge der überraschenden Brexit-Entscheidung im Juni ihre Lehren gezogen und sich auf Marktturbulenzen nach der geschlagenen Wahl vorbereitet, etwa indem sie zusätzliche Handelsteams aufgebaut hatten.

Die meisten Marktteilnehmer gehen nun für die nächsten Wochen von anhaltender Unsicherheit und damit stärkeren Schwankungen an den Finanzmärkten aus, was etwa der Vermögensverwalter Deutsche Asset Management mit „der Unberechenbarkeit Trumps und seiner politi-

sche Unerfahrenheit“ begründet. Diese unsichere Phase sollte laut Friedrich Strasser, Vorstand der Bank Gutmann, bis Mitte 2017 dauern – schließlich gelte es nach Trumps Angelobung im Jänner zunächst mehr als 2000 Jobs neu zu besetzen. Zunächst sollte abgewartet werden, ob er dabei vermehrt auf „Fachleute oder Polemiker“ zurückgreife. Was das für die

Aktienmärkte bedeutet? Zunächst eine Seitwärtsbewegung, meint Strasser, denn die großen Investoren seien derzeit eher unter- denn überinvestiert. „Der Abgabedruck wird nicht allzu heftig sein.“

Eine bedeutsame Frage lautet aus Strassers Sicht: „Wie lange wird Janet Yellen noch im Amt sein?“ Schließlich hatte Trump die Chefin der US-Notenbank Fed im Wahlkampf mehrfach heftig attackiert, nach deren bis 2018 laufenden Amtszeit oder im Fall eines Rücktritts Yellens geht Strasser von einer Umfärbung aus. Kurzfristig dürfte zunächst die für Dezember erwartete Zinserhöhung ausbleiben. „Die Anhebung wird abgesagt. Die Fed wird nicht riskieren wollen, dass die Kon-

junktur weiter belastet wird“, sagt Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Gelassen stuft Raiffeisen-Chef-analyst Peter Brezinscheck die ökonomischen Aussichten ein, weder für die USA noch Europa müssten die Auswirkungen einer Trump-Regierung negativ sein. Dementsprechend erwartet er keine nachhaltigen Verwerfungen an der Börse, vielmehr sollte es wie nach dem Brexit-Votum eine rasche Normalisierung geben.

Unter den Branchen sollte vor allem das erwartete Programm zur Erneuerung der veralteten US-Infrastruktur den Tiefbau und Zulieferbranchen beflügeln. Zyklische Konsumwerte könnten von einer steuerlichen Entlastung des Mit-

telstands profitieren. Im Gegenzug mit Vorsicht zu betrachten sind Teile des Gesundheitswesens wie Spitalsbetreiber oder erneuerbare Energien aufgrund Trumps wenig klimasensiblen Aussagen.

Wahrscheinlich wird sich die Börsenweisheit „Politische Börsen haben kurze Beine“ bewahrheiten: Wachstum und Unternehmensgewinne sind wichtiger als Politiker oder Parteien, die sie erzeugen. Wie zum Beleg kam es an der Börse im chinesischen Shenzhen zu einem Kuriosum: Wisesoft sprang um sechs Prozent nach oben. Übersetzt heißt die Softwarefirma „Chuan da zhi sheng“ – und das klingt in chinesischen Ohren ähnlich wie „Trump gewinnt groß“. **Börsenbericht Seite 22**

Donald Trump und die größte Volkswirtschaft der Welt

Steuern runter, Zölle rauf: Die wirtschaftspolitischen Versprechen des Wahlgewinners im Überblick

Andreas Sator



Trump hat auf chinesische Importe hohe Zölle angekündigt.
Foto: AFP / Fred Dufour

Die USA sind seit Jahrzehnten die wirtschaftliche Ordnungsmacht der Welt. Der Dollar ist die mit Abstand wichtigste Währung, die Amerikaner geben in zentralen Institutionen wie Währungsfonds und Weltbank den Ton an und haben ihre liberale Ideologie aus freien Märkten und freiem Handel in die Welt exportiert.

Was die Präsidentschaft Donald Trumps für diese Ordnung heißt, lässt sich heute noch nicht genau abschätzen. Zu vage sind die Ankündigungen, zu oft hat sich Trump widersprochen. Viel hängt auch davon ab, ob seine eigene Partei im Kongress mitspielt.

Aus seinen vorgestellten Programmen und diversen Aussagen lassen sich aber die Umrisse einer künftigen Handels- und Wirtschaftspolitik der größten Volkswirtschaft der Welt skizzieren.

Was Handelsabkommen betrifft, dürfte Trump völlig von der jetzigen Politik von Obama abweichen. Er hat angekündigt, das bereits fertig verhandelte Abkommen TPP, das die USA mit Japan, Vietnam und zehn anderen Ländern abschließen wollten, nicht zu unterzeichnen. Das dürfte auch

das Aus von TTIP bedeuten. Zwar war das Abkommen im Wahlkampf kein großes Thema, seine Opposition zu Handelspakten war aber eine seiner wichtigsten Botschaften. Das vor 22 Jahren abgeschlossene Abkommen mit Kanada und Mexiko, **Nafta**, möchte Trump wieder aufschneiden. Er nannte es das „am schlechtesten verhandelte Abkommen“ in der Geschichte des Landes.

In den Reden von Trump war oft die Rede davon, in der Industrie verlorene Jobs wieder zurück in die USA zu bringen. Dazu will er Länder wie Mexiko oder China mit **Zöllen** belegen. Laut einer Rechtein-schätzung des Peterson Institute hat er dabei großteils freie Hand. Auf Importe aus China hat er einmal 45-prozentige Zölle angekündigt. Ob er das ernst meint oder nur als **Druckmittel** verwendet, wird sich aber erst zeigen.

Viel hängt auch davon ab, welches Personal er um sich sammelt. In seinem im Wahlkampf präsentierten Beraterstab fand sich zum Beispiel neben vielen Leuten aus der Finanzbranche nur **ein einziger Ökonom**, der an einer Uni lehrt, nämlich Peter Navarro von der University of California. Der hat China im STANDARD-Interview im August als einen Betrüger bezeich-

net und gilt als scharfer Kritiker des Landes.

Aber nicht nur sein Personal ist von Bedeutung, auch das Verhalten seiner Partei. „Trump's Macht ist nicht unbeschränkt“, sagt der Politikwissenschaftler Anton Pelinka zum STANDARD. „Er hat keine sehr große Mehrheit im Kongress. Einige **wirtschaftsliberale Republikaner** könnten manchmal mit Demokraten Mehrheiten finden.“

Trump hat in Reden etwa auch **große Konzerne** zu seinen Feinden erkoren, er zählt sie mit Lobbyisten und Medien zum „korrupten Establishment“. Daran könnten sich eng mit Firmen verwobene Republikaner stoßen. Ein großer, parteiinterner Clash dürfte aber nicht kommen, so Pelinka.

Bei vielen Themen ist Trump aber auf Parteilinie. So möchte er **Obamacare** rückabwickeln, das Gesetz verschaffte Millionen eine Krankenversicherung. Er will die **Steuern massiv kürzen**, vor allem Reiche würden profitieren. Die **Erbschaftssteuer** soll fallen.

Die **Sozialausgaben** will er, untypisch für Republikaner, nicht kürzen. Weil Trump die Steuern senken möchte, ohne Ausgaben zu reduzieren, würden rasch die **Staats-schulden explodieren**, hat die Denkfabrik CRFB berechnet.

Clinton gestand Niederlage ein – Spekulationen um Trumps Team



Foto: Reuters / Carlos Barria

Würdevolles Eingeständnis der Niederlage statt triumphale Siegesrede: Hillary Clinton (im Hintergrund ihr Ehemann Bill) bot Wahlsieger Donald Trump die Zusammenarbeit an.

Hillary Clintons lange Schrecksekunde

In New York war bereits alles vorbereitet für Hillary Clintons große Siegesfeier. Nach dem Triumph von Donald Trump zog Clinton sich zunächst zurück. Ihre Niederlage bekannte sie erst am Mittwoch öffentlich ein.

Gerald Schubert

Die Videobotschaft, die der amtierende US-Präsident Barack Obama noch in der Wahlnacht via Twitter verbreitete, sollte zum Optimismus aufrufen und wirkte dennoch düster. „Egal, was passiert: Die Sonne wird morgen wieder aufgehen“, sagte Obama, der die demokratische Kandidatin Hillary Clinton unterstützt hatte, und rief dazu auf, die Gräben zwischen den politischen Lagern zu überbrücken. „Egal, was passiert“ – diese Formulierung verwendete in der Wahlnacht auch Hillary Clinton.

Ihr Team, erklärte sie ebenfalls via Twitter, könne stolz auf sich sein. Das Foto unter dem kurzen Text vermittelte jedoch keinerlei Siegesgewissheit mehr: Clinton umarmt mit geschlossenen Augen ein junges Mädchen. Müdigkeit lag in diesem Bild, Empathie und, für den Fall des bereits immer unwahrscheinlicher gewordenen Triumphs, vielleicht sogar Zufriedenheit – aber gewiss kein Jubel.

Stunden später, als sich der Sieg Donald Trumps bereits klar abzeichnete, verharrte das Team Hillary Clintons dann in Schockstarre. Wahlkampfleiter John Podesta trat in New York lediglich mit einer

dürren Erklärung vor die Clinton-Anhänger: Diese sollten nach Hause gehen und warten, bis alle Stimmen ausgezählt seien. Noch sei das Rennen nicht verloren – zu diesem Zeitpunkt bereits ein mehr als waghalsiges Statement.

Die Nachricht, dass Hillary Clinton in der Wahlnacht nicht mehr öffentlich auftreten werde, verbreitete sich rasch. In den sozialen Medien ertete Clinton dafür nicht wenig Kritik. Viele sahen sie als schlechte Verliererin. In einem Telefonat mit Donald Trump hatte Clinton ihre Niederlage allerdings eingestanden.

Gratulation an Trump

Der öffentliche Auftritt folgte erst am späten Vormittag in einem New Yorker Hotel. Empfangen mit Standing Ovations und sichtlich gezeichnet von der Wahlschlacht, gratulierte Clinton ihrem Gegner Trump und wünschte ihm eine erfolgreiche Präsidentschaft: „Wir müssen Donald Trump die Chan-

ce geben, zu führen“, sagte sie und appellierte gleichzeitig an den politischen Gestaltungswillen ihrer Anhänger. Demokratie erfordere Engagement – und das nicht nur alle vier Jahre bei Wahlen.

Es war eine emotionale Rede, mit der Clinton ihre Niederlage eingestand – nach einer Schrecksekunde, die die ganze Nacht lang gedauert hatte. Stunden zuvor, in der Jacob-Javits-Kongresshalle, wo sich tausende Anhänger auf eine rauschende Siegesfeier gefreut hatten, hätten die bescheiden gehaltenen Worte ihre Wirkung wohl verfehlt. „Ich weiß, wie enttäuscht ihr seid“, sagte Clinton. „Ich bin es auch.“ Doch es mache Sinn, „für das zu kämpfen, woran man glaubt“.

Wenig später versprach Barack Obama im Weißen Haus eine friedliche Übergabe der Macht an Donald Trump, um dann dem Clinton-Lager erneut Mut zu machen: „Wir lecken unsere Wunden und kehren zurück in die Arena.“

Personalkarussell beginnt sich zu drehen

Giuliani, Gingrich und Christie hoffen auf Jobs

Frank Herrmann aus Washington

Drei alte Hasen hatten schon früh auf Donald Trump gesetzt und hoffen nun, mit einem wichtigen Posten für ihren Einsatz belohnt zu werden: Rudy Giuliani, Newt Gingrich und Chris Christie.

Giuliani, der ehemalige Bürgermeister New Yorks, spielte im Wahlkampf die Rolle des inoffiziellen Sprechers des Kandidaten. Als Kritik aufkam, weil Trump offenbar jahrelang keine Einkommenssteuer zahlte, war es Giuliani, der ihn in Schutz nahm. Bevor er ins Rathaus gewählt wurde, hatte sich Giuliani einen Namen als kompromisslos harter Staatsanwalt gemacht. Trump könnte ihn zum Justizminister berufen.

Gingrich war einst der republikanische Gegenspieler des demokratischen Präsidenten Bill Clinton. 1995 wurde er Speaker des Repräsentantenhauses. Bei der diesjährigen Kandidatenauslese ging er frühzeitig ins Lager Trumps. Der 73-Jährige wird als Außenminister gehandelt. Denkbar ist auch, dass er als Strategieberater die Fäden zieht, ähnlich wie es einst Karl Rove bei George W. Bush tat.

Reine Männerriege

Christie, Gouverneur von New Jersey, ergriff, als er sah, dass er selbst chancenlos sein würde, demonstrativ für Trump Partei – was ihm den Vorwurf peinlicher Speichelleckerei eintrug. Heute leitet Christie das Team, das bis zur Vereidigung am 20. Jänner das neue Kabinett zimmern wird.

Für das Verteidigungsressort oder für das Amt des nationalen Sicherheitsberaters rechnet sich Ex-General Michael Flynn gute Chancen aus. Steven Mnuchin, ein früherer Goldman-Sachs-Banker, gilt als Kandidat für den Posten des Finanzministers.

Abzuwarten bleibt, welche Rolle Carl Icahn spielt, ein Milliardeninvestor, über den der Wahlsieger seit geraumer Zeit sagt, er werde seinem „Freund Carl“ zentrale Aufgaben in einer Administration Trump übertragen.

Aus dem Establishment, gegen das Establishment

Donald Trumps politische Präferenzen änderten sich oft – bis er selbst Hand anlegte

Gianluca Wallisch

Antipolitiker Donald Trump übernimmt also ein Amt, das politischer kaum sein könnte. Bis zum Sommer 2015, als er überraschend – und anfangs bestenfalls belächelt – seine Präsidentschaftskandidatur verkündete, war er eher als schriller Societylöwe bekannt; als einer, dessen Ego keine Grenzen kennt und der sich selbst zur Marke gemacht hat.

Aber der laut *Forbes*-Magazin 4,5 Milliarden Dollar (4,1 Milliarden Euro) schwere Immobilien-tycoon, der nicht nur einmal, sondern viermal große Pleiten landete, war nicht bekannt als einer, der sich selbst politisch betätigt und der plötzlich als Robin Hood gegen jenes Establishment wettet, aus dem er selbst kommt und das ihm ein sorgloses Leben in Pracht und Prunk ermöglicht.

Am 14. Juni 1946 geboren, wuchs Trump als viertes von fünf Kindern einer Schottin und eines deutschstämmigen Bauunterneh-

mers in New York auf. Nach Klagen seiner Lehrer steckte ihn sein Vater in die New York Military Academy, ein elitäres Privatinternat, das dem Youngster Disziplin beibringen sollte. Der herausragende Sportler schloss die Schule wider Erwarten mit Erfolg ab und studierte von 1964 bis 1968 Wirtschaftswissenschaften in New York und Philadelphia. Im Gegensatz zu vielen Altersgenossen engagierte sich Trump nicht politisch und war auch nicht Teil der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung.

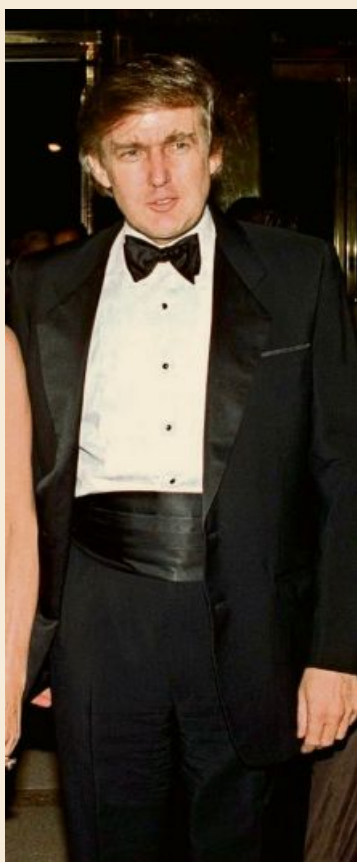
Väterliches Startkapital

Während des Studiums begann er, mit einem väterlichen Startkapital von 200.000 Dollar, mit dem Kauf, der Sanierung und dem Verkauf von Häusern. 1974 übernahm er das Immobilienimperium des Vaters. Später kamen Aktiengeschäfte, Bekleidungs- und Kosmetikmarken und eine Modelagentur hinzu. Schiffbruch erlitt er im Glücksspielgeschäft, das ihn ab den 1990er-Jahren dazu zwang,

Unternehmensteile abzustoßen, u. a. eine Fluglinie.

Die Marke Trump machen auch seine Frauen aus. 1977 bis 1990 war er mit dem tschechischen Model Ivana Zelníčková und von 1993 bis 1999 mit der Schauspielerin Marla Maples verheiratet. Die dritte Ehe mit dem slowenischen Model Melania Knauss hält seit 2005. Trump hat fünf Kinder und ist achtfacher Großvater. Vor allem dem Fernsehen verdankt Trump weltweite Bekanntheit. In der Show *The Apprentice* entschied er mit dem Spruch „Du bist gefeuert!“ über Wohl und Wehe von Jobbewerbern.

Die politischen Präferenzen Trumps änderten sich von Zeit zu Zeit. Ab 1987 war er registrierter Republikaner, wechselte 1999 zur Independence Party, bekannte sich ab 2001 zu den Demokraten und ab 2009 wieder zu den Republikanern. Er unterhielt zudem gute Beziehungen zu Bill und Hillary Clinton – ein Verhältnis, das nunmehr zerrüttet sein dürfte.



Donald Trump, 1989: Bauunternehmer und Societylöwe.

Foto: AFP / Sverzy

TRUMPS AUSSENPOLITIK

Einsame Cowboys

Christoph Prantner

Die Grundkonstanten der US-Außenbeziehungen sind oft jenes Politikfeld, das am wenigsten von der Ablöse der jeweiligen Amtsträger im Weißen Haus berührt wird. Als jüngstes Beispiel dafür mag der Wechsel von der Regierung Bush II zu jener unter Barack Obama gelten, nach dem der Demokrat die (nachjustierte) außen- und sicherheitspolitische Linie seines republikanischen Vorgängers de facto fortführte und sogar Bushs Verteidigungsminister für mehrere weitere Jahre im Amt beließ.

Unter Donald Trump dürfte sich dieses Muster ändern. Denn bleibt der neugewählte Präsident bei seinen Ankündigungen, wird er seine internationale Agenda äußerst einseitig im amerikanischen Interesse auslegen. Dem Multilateralismus der führenden Macht in der Staatengemeinschaft wird der Unilateralismus einer Superpower folgen, die auf nichts und niemanden mehr angewiesen sein will. Statt des Weltpolizisten, der mitunter zögerlich, aber doch auch robust für das allgemeine Wohl eingriff, wird ein einsamer Cowboy durch die Geschichte reiten, der sich nur an seine eigenen Regeln halten und aus der Hüfte schießen wird, wann immer er dazu Lust hat.

Demgemäß will Trump die US-Streitkräfte von 490.000 auf 540.000 Soldaten aufstocken und mehr schnell einsetzbare Marines-Bataillone (36 statt 23) formieren. Die US-Navy will er von 270 auf 350 Schiffe anwachsen lassen, die Air Force von 1100 Kampffliegern auf 1200. Dieser militärische Druck soll sich vor allem auf China richten, dem er im Südchinesischen Meer die Schneid abkaufen will. Aber auch im Nahen Osten will er tätig werden (Flugverbotszone über Syrien, mehr US-Bodentruppen im Einsatz gegen den IS). Überdies soll die Wiederautorisierung der globalen Massenüberwachung durch die NSA und „harscher Hörtechniken“ im Kampf gegen Terroristen kommen.

Multilateral will er das Iran-Abkommen und den Klimavertrag entweder aufkündigen oder neu verhandeln. Die transatlantische Allianz mit den Europäern ist ihm – auch angesichts einer ausgesprochenen politischen Zuneigung zu dem russischen Autokraten Wladimir Putin – weniger wert. Die Europäer sollen sich außerdem mehr an der Nato beteiligen. Die EU ist Trump vollends gleichgültig. Vor allem auch, weil der Nato-Partner Türkei unter Sultan Erdogan im Zweifel strategisch wichtiger ist als der gesamte EU-Block. Nicht nur für den Cowboy, auch für Europa könnte es also einsam werden.

TRUMPS WIRTSCHAFTSPOLITIK

Starke Sprüche, wenig Plan

Eric Frey

Unzufriedenheit mit ihrer wirtschaftlichen Lage war für viele US-Wähler der stärkste Grund, Donald Trump ihre Stimme zu geben. Und am Erfolg seiner Wirtschaftspolitik wird sich der nächste Präsident auch messen lassen müssen. Das Problem: Aus seinen Wahlkampfversprechen lässt sich nicht herauslesen, wohin der Immobilienunternehmer die größte Volkswirtschaft der Welt tatsächlich führen wird.

Manches liegt auf der Hand: Da die Republikaner nun alle Machtstellen in Washington beherrschen, können sie die Steuern senken – und werden das auch vor allem für Spitzenverdiener tun. Trump verspricht außerdem ein riesiges Infrastrukturprogramm sowie eine Erhöhung der Rüstungsausgaben, will aber – anders als viele Parteifreunde – das staatliche Pensionsprogramm Social Security nicht anrühren. Wo er im Gegenzug einsparen wird, hat er nie verraten. Macht er seine Versprechen wahr, sind explodierende Budgetdefizite und steigende Zinsen zu erwarten, die wiederum den Aufschwung bremsen könnten. Die Verdoppelung des Wachstums, die Trump in Aussicht stellt, ist ohnehin völlig unrealistisch.

Schwierig wird auch die Rücknahme der Gesundheitsreform Obamacare sein. Denn Millionen von ärmeren Bürgern ihre Krankenversicherung wegzunehmen käme nicht gut an; und wie ein Ersatz aussehen soll, haben weder Trump noch andere Republikaner je erklärt.

In der Handelspolitik wird Trump das fertige pazifische Freihandelsabkommen TPP sterben lassen und TTIP nicht weiterverfolgen. Das ist verkraftbar. Aber wenn er aus dem Nordamerikapakts Nafta aussteigt, würden Millionen Jobs wackeln, lange bevor irgendein neuer geschaffen werden kann. Auch die von ihm angedrohten massiven Strafzölle gegen China und Mexiko würden ganze Industriezweige erschüttern und Verbraucherpreise in die Höhe treiben. Hier wird in der Trump-Präsidentschaft wohl vieles Rhetorik bleiben, auch weil die Republikaner im Kongress seinen Protektionismus nicht goutieren.

Trump's Wirtschaftsprogramm ist genauso inkohärent wie seine Außenpolitik. Allerdings soll niemand darauf setzen, dass eine baldige Krise seine Popularität oder gar die Präsidentschaft beschädigt. Mit starken Sprüchen und Geldgeschenken können Populisten auch eine gefährlich falsche Wirtschaftspolitik gut verkaufen. Die Folgen der Trumponomics werden die USA erst langfristig zu spüren bekommen.



derStandard.at/Cartoons

Kein Stein bleibt auf dem anderen ...

... wenn Trump auch nur einen Teil seiner Ankündigungen als Präsident umsetzt

Alexandra Förderl-Schmid

Man wird sich daran gewöhnen müssen: Donald Trump ist US-Präsident. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass der mächtigste Mann der Welt ein Mensch ist, der pöbelt und lügt, Minderheiten beleidigt und Frauen nicht nur verbal attackiert. Dass eine deutsche Kanzlerin einen US-Präsidenten ermahnt, westliche Werte einzuhalten und die Würde des Menschen zu achten, spricht für sich.

Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass unsere Welt eine andere sein wird, wenn der Milliardär mit seiner Familie ins Weiße Haus einzieht. Denn es wird kein Stein auf dem anderen bleiben, wenn Trump auch nur einen Teil seiner Ankündigungen umsetzt. Auch wenn der Republikaner in seiner ersten Wortmeldung ungewohnt zurückhaltend blieb und geschickt auch ein Lob in Richtung seiner unterlegenen Konkurrentin Hillary Clinton platzierte: Wir alle werden uns noch wundern, was möglich ist. Die Welt, wie wir sie kennen, wird eine andere werden.

Es ist zu befürchten, dass Trump eine Allianz mit anderen autoritären Führern wie Russlands Präsident Wladimir Putin eingehen wird. Dass Putin auf gute Zusammenarbeit hofft, wie er in einer ersten Reaktion sagte, ist aus seiner Sicht verständlich: Trump würde ihn aus der Isolierung holen, in die ihn der bisherige US-Präsident Barack Obama und die Europäer gedrängt haben. Die Rolle der Nato wird auch deshalb neu definiert werden, weil Trump das Verteidigungsbündnis schon aus finanziellen Gründen infrage gestellt hat. Für die Europäer wird das heißen: Sie sind militärisch mehr auf sich selbst gestellt.

Mehr Spielraum in der Innenpolitik im Vergleich zu Obama hat Trump auch deshalb, weil beide Kammern des Kongresses in seiner Hand sind. Er kann so seine rigorosen Pläne – etwa in der Einwanderungspolitik – leichter umsetzen. Eine seiner zentralen Ankündigungen war, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu errichten. Wie die von ihm angekündigte Null-Toleranz-Politik aussehen wird, muss sich erst zeigen. Dass die Rechte der Waffenlobby, die ihn unterstützt hat, beschnitten werden, ist mit Sicherheit nicht zu erwarten. Dafür dürfte die Gesundheitsversorgung Obamacare zumindest eingeschränkt werden.

Profitieren werden sicher die Besserverdienenden: Die Einkommensteuer soll bei 33 Prozent gedeckelt werden. Die reichsten Amerikaner würden sich davon laut einer Berechnung des Magazins *Forbes* pro Kopf und Jahr 275.000 Dollar Steuern ersparen, die Ärmsten 128 Dollar.

Die Wut der vom American Dream Enttäuschten richtete sich gegen Hillary Clinton, die als Person für das politische Establishment stand. Aber all die Hoffnungen auch zu erfüllen, die der Milliardär im Wahlkampf geweckt hat, wird für ihn am schwierigsten umzusetzen sein.

Dass die Populisten in Europa Trumps Triumph bejubeln, überrascht nicht, sie versprechen sich davon Auftrieb. Auch sie sammeln die Stimmen jener ein, die Angst vor der Zukunft und Probleme in der Gegenwart haben. Auch in Europa – und nicht zuletzt in Österreich – sind viele empfänglich für Simplifizierungen und erhoffen sich von Abschottung Schutz vor der Globalisierung durch einen Rückzug auf die Insel der Seligen.

Die populistische Mischung aus nationalen Tönen und sozialen Versprechungen verfängt auch jenseits des Atlantiks.

KOPF DES TAGES

Die Ex-Miss, die Trump aus der Krise holte



Kellyanne Conway leitet den erfolgreichen Präsidentenwahlkampf.

Foto: AFP

Es dauerte Monate, bis sich Donald Trump darum kümmerte, einen echten „Pollster“ an Bord zu holen; jemanden, der Umfragedaten interpretieren und Wählerverhalten justieren kann. Monatelang hatte die Devise „Lasst Trump Trump sein!“ gegolten. Das änderte sich erst im August: Da übernahm Kellyanne Conway als erste Frau die Leitung eines republikanischen Präsidentschaftswahlkampfes.

Der Auftrag für die 49-jährige Chefin der eigenen Firma The Polling Company: Trumps Profil zu schärfen und seiner Kampagne zu mehr Substanz zu verhelfen. Die aus hunderten TV-Auftritten bekannte Expertin für Focus-Groups sollte den Hoffnungen und Ängste der Wählerschaft gewinnbringend für Trump einsetzen. Sie sollte Trump, den Hitzkopf, kontrollieren und dirigieren – aber so behutsam, dass er stets authentisch und glaubwürdig rüberkommen würde. Damit war sie überraschend erfolgreich.

Am nötigen Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, nicht zuletzt als Krisenmanagerin, mangelt es Conway, geborene Fitzpatrick, nicht. Die ehemalige Miss „New Jersey, Blueberry Princess“ glaubte sogar nach „Pussygate“ – dem Skandal um das Video, das Trumps vulgäres Gehabe gegenüber

Frauen offenbarte – fest an ihren Boss: „Trump wird die Wahl nicht anfechten, denn er wird gewinnen!“ Hinter den Kulissen soll es allerdings heftig zugegangen sein. Weniger wegen des Videos, so wusste CNN zu berichten, sondern vielmehr, weil Trump selbst nicht mehr an einen Sieg geglaubt haben soll – das aber passte der ehrgeizigen Conway gar nicht.

Die Tochter einer Italienerin und eines Iren wuchs nach deren Scheidung in katholisch geprägtem Milieu mit Mutter, Großmutter und zwei unverheirateten Tanten in New Jersey auf. Nach ihrem Politik- und Jusstudium in Washington wollte sie Richterin werden, verlegte sich aber bald auf Markt- und Meinungsforschung und gründete 28-jährig ihre eigene Firma. Schon bald zählten zu Conways politischen Kunden nicht nur Konservative wie Newt Gingrich, für den sie 2012 Wahlkampf machte, sondern auch der Gouverneur von Indiana, Mike Pence – nunmehr designierter US-Vizepräsident.

Ab 2015 lobbyierte sie zunächst für den texanischen Senator Ted Cruz, doch dann sicherte sich das Trump-Team die Expertise der mit einem Rechtsanwalt verheirateten vierfachen Mutter – ein Schachzug, der den Wahlausgang 2016 mitentschieden haben könnte.

Gianluca Wallisch



Aufs Größte beleidigt, aber doch in großer Zahl hinter dem Kandidaten: Auch viele Frauen und Latinos wählten Donald Trump.

Trump und die Testosteron-Vergiftung

Donald Trump hat zwar alles dafür getan, die Wähler vor den Kopf zu stoßen, doch seine Botschaft war zu stark. Lehren aus einem historischen Wahlkampf in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Thomas Hofer

Nach dem Sieg von Donald Trump bei der US-Präsidentenwahl stellt sich eine Frage: Was hätte der erratische Wutmilliardär eigentlich noch tun müssen, um das Rennen gegen Hillary Clinton zu verlieren? Ging er zu Beginn der Vorwahlen noch als unterhaltsamer Farbtupfer in einem Feld austauschbarer republikanischer Kandidaten durch, wurde er nach und nach zum politischen Inkorrekttheit zelebrierenden Joker.

Mit breitem Grinsen beschimpfte der politische Horrorclown Personen und ganze Bevölkerungsgruppen. Rassismus und Sexismus waren an der Tagesordnung. Das Hetzen gegen Frauen, Muslime und Hispanics wurde auf den letzten Metern noch durch Antisemitismus ergänzt. Dazu legte sich Trump mit weiten Teilen der eigenen Partei an.

Die Testosteronvergiftung eines Einzelnen wurde dennoch epidemisch. Gerechnet hat man mit einem Wahlsieg Trumps zwar

nicht einmal in seinem Kampagne-Team, die Gründe für seinen Sieg sind dennoch einleuchtend: ■ **Die Botschaft** Trumps Versprechen, Amerika wieder zu alter Größe zu führen, hat den Nerv der Zeit getroffen. Einerseits zielte er auf die Abstiegsängste der Mittelschicht ab. Gerade weißen Arbeitern, die sich von ihrer demokratischen Heimat entfremdet hatten, impfte Trump neues Selbstbewusstsein ein. Dazu warf er alte republikanische Positionen über Bord und agitierte in Bernie-Sanders-Manier gegen den Freihandel.

Situationselastisch

Dieser situationselastische Zugang garantierte ihm ein überzeugendes Abschneiden in klassisch demokratischen Staaten wie Michigan, Wisconsin oder Pennsylvania. Dieses Kunststück erinnert an Barack Obama. Dieser hatte eine Bresche in den republikanisch dominierten Sunbelt geschlagen. Trump riss nun weite Teile der demokratischen Mauer im Rustbelt nieder.

Die zweite Seite der Botschaft erinnert an die FPÖ. Hierzulande ist man dazu übergegangen, keine Hasspostings à la „Überfremdung“, „Umvolkung“ oder „Daham statt Islam“ mehr zu plakatieren. Lieber spricht man von der Bevorzugung „unserer Leut“ oder setzt auf den Gottesbezug, um indirekt auf die Verteidigung des Abendlandes hinzuweisen. Ähnlich Trump: Er kreierte mit seinem „Making America Great Again“ eine Wagenburgmetapher, in der sich seine Wähler vor Globalisierung, Immigration oder generell der Bedrohung der weißen Vormachtstellung abschotten konnten.

■ **Die Wählerkoalition** Das war die Sensation des Wahlabends. Seit Jahren gehörte es zu jeder US-Wahlanalyse, dass sich die Demokraten auf einen demografischen Vorteil verlassen konnten, der von republikanischen Kandidaten nie aufgeholt werden konnte. Schon nach der Niederlage Mitt Romneys ergab die parteiinterne Analyse – pikanterweise „Autopsie“ betitelt – eines: Um irgendwann wieder ins Weiße Haus einziehen zu können, müsste man sich etwa gegenüber der stark wachsenden Gruppe der Latinos öffnen.

Trump lässt diese Analyse alt aussehen. Er schaffte Sensationelles: Einige Wähler, die Hoffnungsträger Obama seit 2008 in den politischen Prozess (zurück)geholt hatte, wechselten ohne Umweg zu Trump. Diesen Effekt hatte bis vor kurzem wohl niemand auf der Rechnung.

■ **Das Obama-Rezept** Trump kupferte bei seiner politischen Nemesis gleich noch einmal ab. Auch wenn der positive Ton von Obamas „Yes, we can“ fehlte, baute Trump ebenfalls auf den politischen Wandel. Der Wahltag wurde zu einem Referendum gegen das verhasste Washingtoner System umfunktioniert. In einer CNN-Exit-Poll am Wahltag gaben 46 Prozent der Befragten an, sie wären mit der Regierungsarbeit „unzufrieden“, weitere 23 Prozent waren gar „verärgert“.

Der Polit-Rookie Trump inszenierte sich folgerichtig als der Antisystemkandidat schlechthin. Wie auch Obama vor dessen Amtsantritt schimpfte er auf „special interests“ und die Verschwörung der Elite gegen den kleinen Mann.

■ **Emotion und Framing** Gefährlich für Trump war der demokratische Fokus auf sein leicht cholerisches Temperament. Die Frage des Clin-

ton-Lagers lautete: Soll einer, der seinen Twitter-Account nicht im Griff hat, tatsächlich mit den atomaren Codes der USA hantieren? Gegen Ende des Wahlkampfes pasierte aber Bemerkenswertes: Durch die Veröffentlichung eines Videos mit sexistischen Ausfällen war Trump in den Umfragen so unter Druck geraten, dass er sich disziplinierter gab und auf die ökonomische Botschaft seiner Kampagne konzentrierte.

Zudem entpuppte sich das leicht entflammable Gemüt des Kandidaten nicht ausschließlich als Nachteil. Im Vergleich zur oft als unehrlich und berechnend porträtierten Clinton präsentierte man Trump als zwar impulsiven, aber doch enthusiastischen und „echten“ Typen.

Schließlich schaffte Trump mit seinen verbalen Zuspitzungen eines: Er hob den Vorteil der weit besseren Wahlkampforganisation aufseiten der Demokraten auf. Er schaffte, wofür die FPÖ etwa in Sachen Migration hierzulande jahrzehntlang gebraucht hatte – die Dominanz der politischen Agenda und Denkrahmens.

THOMAS HOFER ist Politikberater und Buchautor in Wien. Der ehemalige Journalist hat in den USA Wahlkampfmanagement studiert und die letzten Tage des Wahlkampfes aus Washington, D.C., kommentiert.



Thomas Hofer: das verhasste Washingtoner System.

Foto: privat

PRESSESTIMMEN

Aus Kommentaren internationaler Tageszeitungen zum Sieg Trumps:



(Warschau) Trump muss der Welt als US-Präsident keine apokalyptische Katastrophe bringen. Aber leider bedeutet seine Wahl für die Welt, wie wir sie heute kennen, radikale Veränderungen zum Schlechten. Ein weiterer Stein fällt aus der Mauer der westlichen Stabilität. Wir wissen nicht, was für ein Präsident Trump sein wird, aber seine bisherigen Aussagen stimmen nicht optimistisch.



(Paris) Schock. Donner. Und ein Schwindelgefühl angesichts der Idee, dass Trump in kaum zwei-

einhalb Monaten seine Koffer im Weißen Haus abstellt. Mit einem außergewöhnlichen politischen Gespür begabt, hat Trump, ein ebenso visionäres wie unheilvolles Genie, mehr als irgendjemand sonst den Verdross eines Teils Amerikas und dessen Abscheu gegen Washington und die Eliten erfasst, die Clintons Hoffnungen eine kalte Dusche verpasst haben.

Neue Zürcher Zeitung

Und wieder einmal lagen die Umfragen falsch: Vor allem die weiße Unter- und Mittelschicht im nördlichen Industriegürtel des Mittleren Westens hat dem Außenseiter den Weg zum Erfolg geebnet. Es war eine Art Wiederholung des Brexit-Referendums in Großbritannien. Den Durchbruch schaffte

Trump aber genau mit jener Wählerschaft, die er mit seinen provokativen, oft beleidigenden Aussagen direkt angesprochen hatte: die früher gewerkschaftlich linke, weiße Unter- und Mittelschicht, die sich von den Eliten in Washington, von der Wall Street und von der Demokratischen Partei verraten und verkauft fühlte und in Trump jene Figur sah, die ihrem Schmerz und ihrer Perspektivlosigkeit ein trotziges „Nein, wir verschwinden nicht einfach!“ entgegenschleuderte.

ИЗВЕСТИЯ

(Moskau) Nicht nur für die Demokraten, sondern auch für einen Teil der republikanischen Führung galt ein Präsident Trump als die schlechtere Variante. Denn er

fürchtet sich nicht, gegen das etablierte System anzugehen, und er sagt, was er denkt und nicht das, was konform ist. Aus genau diesem Grund haben in diesem Wahlkampf nicht nur die Anhänger Clintons gegen ihn gearbeitet.

LIDOVÉ NOVINY

(Prag) Wenn man unabhängige Medien zu Grundpfeilern einer Demokratie zählt, dann wirft die US-Wahlkampagne ernste Fragen auf. In Russland folgen die Medien politischen Aufträgen und unterliegen Druck und Zensur. Die meistgesehenen US-Nachrichtensender Fox News und CNN haben sich indes ganz freiwillig zu Geiseln Trumps gemacht. Dessen Show zog bei den Zuschauern, die Gewinne gingen nach oben, die

übrigen Kandidaten gingen aber unter. Damit es keine Missverständnisse gibt: Im Unterschied zu Russland haben die USA eine funktionierende Demokratie. Doch ihr demokratisches Modell, das vor einem Vierteljahrhundert als „Ende der Geschichte“ gerühmt wurde, steht heute mehr denn je unter Druck.

The Guardian

(London) Wer hat Schuld? Diese Liste ist so lang. Sie reicht von der Republikanischen Partei über die Medien, die Meinungsforscher und Datenfreak, Clintons Wahlkampfteam bis zu Clinton selbst, die trotz all ihrer Stärken eine Kandidatin mit Makeln war. Man könnte sie alle verurteilen, aber wen kümmert das schon an einem solchen Tag? (red)

Republikaner dominieren nun das Weiße Haus und den Kongress



Foto: Reuters / Noah Berger

In mehreren Städten der USA protestierten Dienstagnacht Anhänger Hillary Clintons gegen Donald Trump. Die meisten Kundgebungen verliefen friedlich.

Die vollkommene Machtverschiebung

Die US-Wahl brachte den Demokraten eine vernichtende Niederlage, den Republikanern hingegen eine enorme Machtfülle: Sie stellen in Zukunft nicht nur den Präsidenten, dieser kann nun auch problemlos durchregieren.

Anna Giulia Fink

Was auch immer der frischgewählte US-Präsident Donald Trump nun tatsächlich umsetzen möchte – die Chancen, seine Vorhaben durchzubringen, könnten nicht besser stehen. Diese Wahl nämlich brachte eine Reihe von Änderungen, die das Land enorm prägen werden. Die Machtverschiebung in den Vereinigten Staaten ist umfassend. Schließlich befinden sich

mit der Zäsur, die diese Wahl gebracht hat, die drei Säulen der Nation – Exekutive, Legislative und Judikative – in der Hand der Republikaner.

■ Zunächst einmal: Im **Repräsentantenhaus** kam es wie vorhergesagt. Experten hatten damit gerechnet, dass die Demokraten dort keine Chance für eine Mehrheit in der großen Kongresskammer hatten. Allerdings hatten sie sich zumindest Zugewinne erhofft. Er-

wartungsmäßig haben die Republikaner dort ihre nunmehr sechsjährige Mehrheit verteidigt. Das Unterhaus ist vor allem für Haushaltsfragen zuständig. Für das Zustandekommen von Gesetzen ist die Zustimmung beider Kammern erforderlich.

■ Im **Senat** hingegen war ein Machtwechsel oder zumindest ein knappes Rennen vorausgesagt worden. Tatsächlich aber gelang es den Demokraten nur in einem umkämpften Staat, in Illinois, den Republikanern einen Senatsitz abzugeben. Die Partei von Hillary Clinton hält künftig – mit Redaktionsschluss – 45 Mandate, die Republikaner 51. Um in Führung zu gehen, hätten die Demokraten vier Staaten für sich entscheiden müssen. Sie hatten ihre Mehrheit im Senat vor zwei Jahren verloren.

Dass die Republikaner zeitgleich zum Weißen Haus auch beide Kammern gewinnen, kam in der Geschichte der USA das letzte Mal im Jahr 1928 vor. Der Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses und mächtigste Republikaner Paul Ryan freute sich am Wahlabend angesichts dieser Konstellation über eine „richtig gute Nacht für Amerika“, also seine Partei.

■ Mit dem Sieg in beiden Häusern ist den Republikanern der Einfluss auf die Zusammensetzung des **Supreme Court**, des höchsten US-Gerichts, sicher: Der Präsident ernannt die obersten Richter, die Besetzung muss im Anschluss vom Senat abgesegnet werden. Die Verfassungsrichter werden in den USA auf Lebenszeit ernannt, ihre Urteile prägen das Land damit über Jahrzehnte. Bei der Auswahl der

Kandidaten muss ein zukünftiger Präsident Trump also nicht unbedingt die parteipolitische Balance achten, um seinen Kandidaten durchzubringen. Trump hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, einen Richter mit ultrakonservativer Ausrichtung zu ernennen, und auch schon eine Liste mit potenziellen Kandidaten erstellt. Einige Richterwechsel stehen aus Altersgründen an. Ein Sitz ist nach dem Tod des ehemaligen Richters Antonin Scalia vakant, und zwar schon seit Monaten, da sich die Republikaner bis dato einer Nachbesetzung verweigert haben.

■ Auch die Mehrheit der **Gouverneure** sind Republikaner. Bereits zuvor stellten die Republikaner 31 der 50 Gouverneure – was ihrem Höchststand von 34 im Jahr 1922 ohnehin schon sehr nahekommt. Von den zwölf Bundesstaaten, die am Dienstag zur Wahl standen, gingen mindestens sechs an die Republikaner. Das Rennen in North Carolina ist noch offen, das endgültige Ergebnis wird nicht vor dem 18. November erwartet. Nur wenige Stimmen stehen zwischen dem Demokraten Roy Cooper und dem derzeit amtierenden Gouverneur Pat McCrory. McCrory war stark in die Kritik geraten, nachdem er vor ein paar Monaten ein Transgender-Gesetz erlassen hatte, das Transgendern vorschreibt, nur öffentliche Toiletten ihres bei der Geburt registrierten Geschlechts aufzusuchen. Auch in Montana war das Ergebnis zu knapp, um am Mittwoch bekanntgegeben zu werden.

■ Zeitgleich fanden am Dienstag **162 Volksabstimmungen** in 35 Bundesstaaten statt. Eine kleine Auswahl: In Arizona, Kalifornien, Nevada und Massachusetts stimmten die Wähler für die Legalisierung von Marihuana für den persönlichen Gebrauch. In Colorado dürfen Ärzte künftig todkranke Menschen beim Suizid unterstützen. In Kalifornien wurde ein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt. Dagegen wurde eine andere Initiative von den Wählern gebilligt, die darauf abzielt, den Vollzug der Todesstrafe zu beschleunigen. Der Antrag, Sexdarstellern die Verwendung von Kondomen vorzuschreiben, scheiterte jedoch.

Wie die Meinungsforscher Trumps Erfolg übersahen

Die Umfrageinstitute lagen nicht weit daneben – und haben sich doch völlig geirrt

Manuel Escher

Am Ende standen sie erneut am Pranger: Die Meinungsforscher haben versagt, heißt es. Schon wieder – nach schweren Fehlschlägen etwa bei den Midterm-Elections 2014, den britischen Wahlen, beim Brexit-Votum und der ersten Runde von Österreichs Präsidentenwahl.

Dabei war der Irrtum diesmal eigentlich gar nicht so groß: Am Wochenende sagten Umfragen Hillary Clinton im Schnitt landesweit einen Vorsprung von etwa 2,5 Prozentpunkten voraus. Das ist vom Ergebnis gar nicht weit weg: Am Mittwoch gingen Prognosen davon aus, dass Clinton in der Summe aller abgegebenen Stimmzetteln einen Prozentpunkt haben würde. Der Verlust der Präsidentschaft ist vor allem auf die aus ihrer Sicht ungünstige regionale Verteilung der Stimmen – knappe Verluste in Swing States, hohe Siege in sicheren demokratischen Staaten – zurückzuführen, die sich in der Verteilung der Wahlmänner niederschlägt.

Deutlich daneben lagen die Umfragen teils in den Swing States: Um mehr als vier Prozent etwa in Minnesota, Wisconsin, Michigan, Pennsylvania und Ohio. Sie alle teilen eine Charakteristik: Sie sind ehemalige Hochburgen der Demokraten, haben ein starkes Stadt-Land-Gefälle, ihre Bevölkerung ist in der Mehrheit weiß, weniger wohlhabend als der US-Schnitt und geringer gebildet.

Dass diese Menschen eine Zielgruppe Trumps sein würden, hatten auch die Demoskopen erkannt: Ihre Einschätzung, dass diese Leute mit großer Mehrheit zu Trump neigen würden, bestätigte sich fast auf den Prozentpunkt. Wo die Forscher hingegen völlig irrten: Sie unterschätzten die Wahlbeteiligung dieser Gruppen massiv – und doch ging sie in einem Maß zur Wahl, das Trump in seinen Reden zwar stets angekündigt hatte, das die Forscher aber für unplausibel hielten.

Keine Latino-Wahlwelle

Für kleinere Einschätzungsfehler sorgten hingegen falsche Annahmen über andere Bevölkerungsgruppen: In Florida etwa, wo Clinton nur zwei Prozentpunkte hinter ihren Umfragewerten lag, brachte das Wahlkampfteam der früheren Außenministerin zwar Latinos in großem Umfang an die Urnen. Doch stimmte diese Bevölkerungsgruppe dann in kleinerem Ausmaß für Clinton als angenommen – insgesamt verteilte ein geringerer Prozentsatz der Latino-Wähler in diesem Jahr für Clinton als vor vier Jahren für

Barack Obama. Gleiches gilt für andere Gruppen, um die die Kandidatin geworben hatte, etwa auch für Afroamerikaner. Und unter den US-amerikanischen Wählerinnen lag Clinton nur in etwa gleich gut wie der amtierende Präsident – dort hatten die Demokraten auf hohe Zuwächse gehofft.

Allerdings war die Frage, wie sicher ein Sieg Clintons tatsächlich sei, in der vergangenen Woche auch unter den US-Umfrageprofis bereits umstritten. Wahlforschungsguru Nate Silver von *five-thirtyeight.com* verteidigte etwa massiv das Berechnungsmodell seiner Internetplattform, das Clinton „nur“ eine Siegchance von rund zwei Dritteln einräumte – im Vergleich etwa zu jenen der *New York Times* und der *Huffington Post*, die ihr Chancen von 85 und über 90 Prozent zuwiesen.

Auf dem Medienportal – das freilich die falschen Umfragen aus dem Mittleren Westen ebenfalls aufführte – war in der vergangenen Woche ein Stück erschienen, auf das man nun mit Stolz verweist. Der Titel: „Trump liegt nur einen normalen Umfragefehler hinter Clinton“.

VIDC
VIENNA INSTITUTE FOR
INTERNATIONAL DIALOGUE
AND COOPERATION

BACHTYAR ALI Der letzte Granatapfel

Freitag, 11. November, 19 Uhr

Hauptbücherei Wien – Am Gürtel,
Urban-Loritz-Platz 2a, 1070 Wien

Lesung u. Gespräch:

Bachtyar Ali, kurdisch-irakischer Autor
Karoline Thaler, ORF-Journalistin

Kooperationen: Buch Wien 16,
Büchereien Wien

Infos und Anmeldung: www.vidc.org

US-Präsidentenwahl

So wählten ...

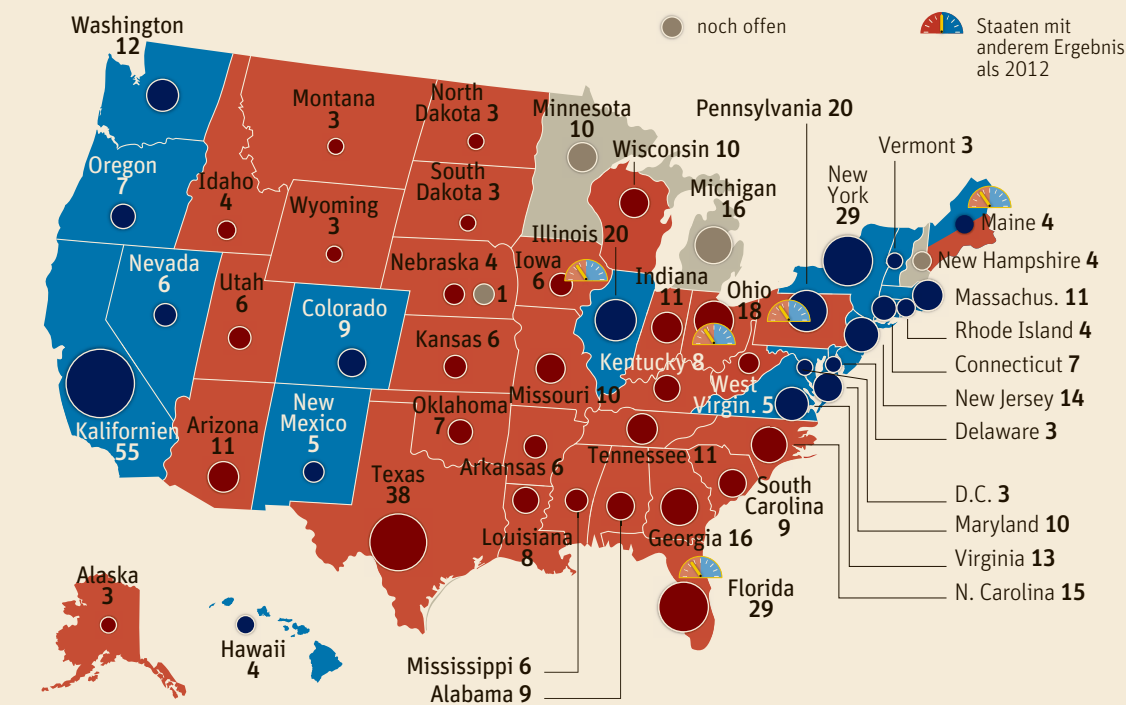


Vorläufiges Ergebnis

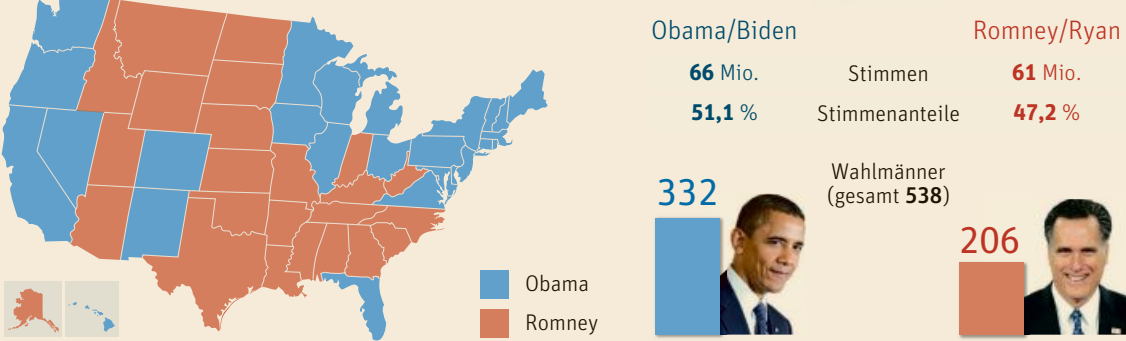
Stand 9. 11., 19.00 Uhr

Donald Trump (70), geboren in New York, war bisher vor allem als Unternehmer und Reality-TV-Star in Erscheinung getreten.

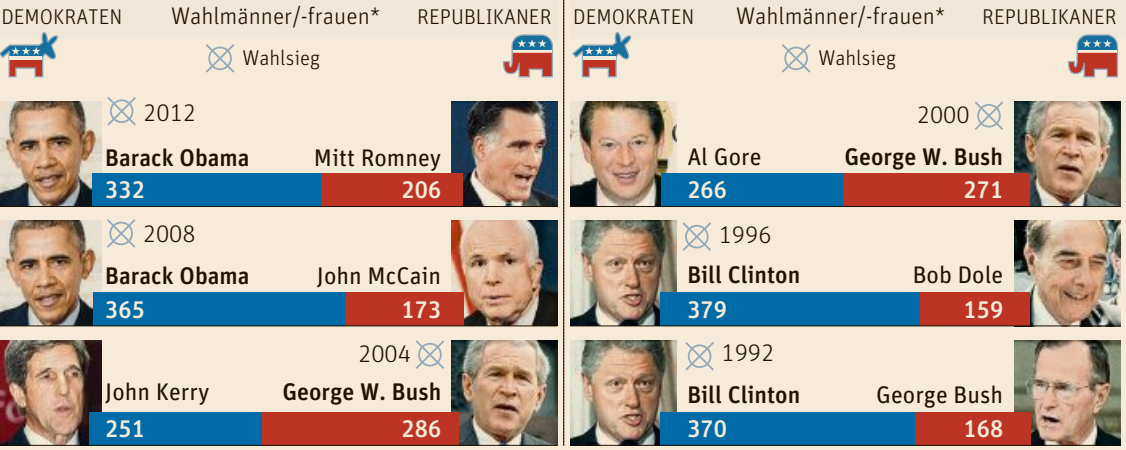
Wahlsieger nach Bundesstaaten



Wahlergebnis 2012



US-Präsidentenwahlen seit 1992

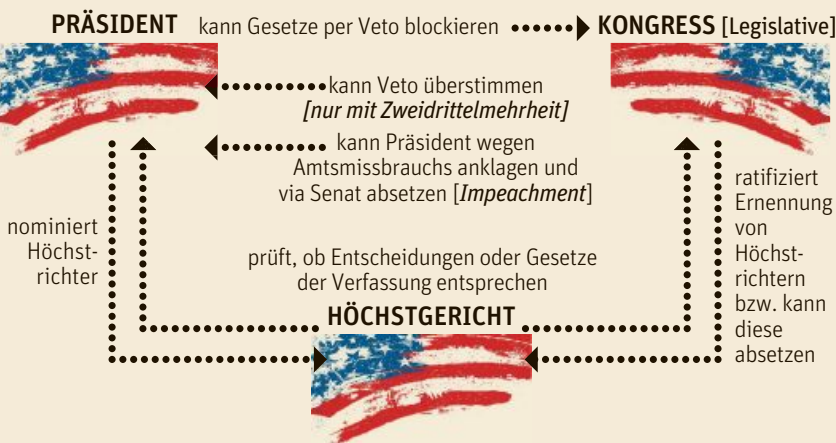


US-Präsidenten



Das politische System in den USA

Machtgefüge – „Checks and Balances“



Sitze im Kongress

[Sitze ab 2014]

